

Beuthstr. 6 - 8  
10117 Berlin-Mitte

U 2 Spittelmarkt  
148

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ■ Beuthstr. 6 - 8 ■ D-10117 Berlin

[www.berlin.de/sen/bwf/](http://www.berlin.de/sen/bwf/)

Grundschulverband  
Berliner Landesgruppe  
Frau Inge Hirschmann  
Babelsberger Straße 45  
10999 Berlin

Geschäftszeichen II D 1  
Bearbeitung Dagmar Wilde  
Zimmer 7086  
Telefon 030 9026 5837  
Vermittlung ■ intern 030 9026 7 ■ 926  
Fax +49 30 9026 6515  
eMail [dagmar.wilde@senbwf.berlin.de](mailto:dagmar.wilde@senbwf.berlin.de)  
Datum 16. Februar 2010

## Stellungnahme des Grundschulverbandes zur Berliner Schulstrukturreform

Sehr geehrte Frau Hirschmann,

für Ihr Schreiben vom 17. Januar 2010, mit dem Sie mir auch die Stellungnahme Ihres Bundesverbandes zur Änderung des Schulgesetzes übermitteln, danke ich Ihnen. Die Zustimmung Ihrer Landesgruppe sowie Ihres Bundesverbandes zu den Eckpunkten der Schulstrukturreform begrüße ich sehr.

Auf der Informationsveranstaltung für die Schulleitungen der Grundschulen im November 2009 habe ich bereits zu einzelnen die Grundschulen betreffenden Aspekten dieser Reform Stellung bezogen. Die Reformoffenheit und das Engagement der Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und Schulleitungen für die Weiterentwicklung der Grundschule sind mir bekannt. Sie haben in den vergangenen Jahren maßgeblich zu einer konsequenten Qualitätsentwicklung der Grundschulen beigetragen.

In Bezug auf Ihre Forderungen nach einer Ausweitung der Ganztagsangebote für Kinder der Jahrgangsstufen 5 und 6 ist zu bedenken, dass angesichts der Haushaltslage ein sorgfältiges Ressourcenmanagement - sowohl personell als auch sächlich - erforderlich ist. In Zeiten knapper Mittel und hoher Herausforderungen von außen und innen sind strategisches Denken und kreatives Agieren innerhalb der existierenden Handlungsspielräume gleichermaßen gefragt. Seien Sie versichert, dass ich Ihre Hinweise auf zu verbessernde Rahmenbedingungen an den Grundschulen sehr ernst nehme und mich auch weiterhin mit Nachdruck für zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich einsetzen werde.

Zu den Kritikpunkten des Vorstandes des Grundschulverbandes gebe ich Ihnen folgende Hinweise:

Grundlage der Schulstrukturreform sind zwei in Bildungsstandards und Abschlussperspektiven gleichwertige Schularten. Die Akzeptanz des Gymnasiums in seinen klar definierten Aufgaben beinhaltet, dass dort die Kinder lernen, die die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, um in insgesamt 12 Jahren unter den äußeren Rahmenbedingungen einer dicht gefüllten Studententafel das Abitur zu erreichen.

Die in der Öffentlichkeit heftig diskutierte neue Zugangsregelung stellt einen angemessenen Ausgleich verschiedener Interessen dar. Das trifft auch auf die Beibehaltung des speziellen und begrenzten Angebots der 5. und 6. Klassen an grundständigen Gymnasien zu. Es wurde aus fachlichen Gründen eingerichtet, weil bei einem späteren Einsetzen die mit den spezifischen Profilen verbundenen Bildungsziele nicht erreicht werden können. Die Angebote sind so spezifisch, dass sie jeweils nur wenige Schüler/innen einer Grundschule betreffen und deshalb nicht in die Grundschule integriert, sondern nur regional konzentriert oder überregional angeboten werden können. Berlinweit gibt es 70 Züge ab Jahrgangsstufe 5 an den Gymnasien und einer Gesamtschule (ab 2010/11 Integrierte Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe). Diese Anzahl wird nicht erhöht. Die Entwicklung in Hamburg hat aktuell gezeigt, dass eine Einschränkung des Elternwillens beim Übergang aus der Grundschule gerade von bildungsorientierten Familien nicht akzeptiert wird und den Erfolg der gesamten Reform gefährdet. Mir scheint es daher zielführend, die Reformen mit Augenmaß voranzutreiben.

Die neue Zugangsregelung stellt hinsichtlich der Elternrechte keine grundsätzliche Änderung gegenüber der bisherigen Regelung dar. Auch bisher hatten alle Eltern einen Anspruch auf einen Platz an einem Gymnasium, wenn sie dies wünschten. Auch bisher konnte die Elternentscheidung nach dem Probehalbjahr (zukünftig Probejahr) durch die Schule „korrigiert“ werden, wenn sich die Entscheidung der Eltern als nicht tragfähig herausstellte. Die Beibehaltung einer Probezeit ist weiterhin entscheidend für den Bildungserfolg der betroffenen Kinder. Das Probejahr wird zukünftig in ein Beratungskonzept eingebunden. Die Integrierten Sekundarschulen werden in Abstimmung mit den Schulträgern und der Schulaufsicht Vorsorge treffen für eine pädagogisch sachgerechte Organisation der Aufnahme der Kinder aus dem Gymnasium in die Klasse 8 der Integrierten Sekundarschule.

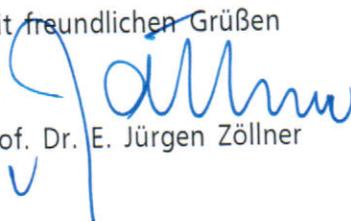
Darüber hinaus wird das Gymnasium zukünftig - nach endgültiger Aufnahme am Ende der Klasse 7 - verantwortlich für seine Schüler/innen bleiben. Die bisherige Möglichkeit, Kinder durch Entscheidung der Schule zum Verlassen des Gymnasiums zu „zwingen“, wird es nicht mehr geben.

An den Berliner Schulen ist die Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Grund- und weiterführenden Schulen mit einer Integrationsquote von knapp 40 %, bei einem bundesweiten Durchschnitt von deutlich unter 20 %, bereits sehr weit entwickelt. Die dabei erworbenen vielfältigen positiven Erfahrungen bilden die Grundlage für die Weiterentwicklung zur inklusiven Schule im Sinne der UN-Konvention. Die Heterogenität der Schülerschaft an der Integrierten Sekundarschule, das individuelle Lernen, der Verzicht auf Sitzenbleiben, der Ganztags- und das Duale Lernen sind bereits wichtige inhaltliche Voraussetzungen, um die erfolgreiche Integrationsarbeit vieler Berliner Schulen in Richtung Inklusion weiterzuentwickeln.

Im Moment wird in meinem Hause ein Gesamtkonzept für die Umstellung von der Integration zur Inklusion in allen Schularten erarbeitet, die dem Abgeordnetenhaus voraussichtlich im April 2010 vorgelegt wird. Erst nach abschließender politischer Entscheidung können entsprechende Veränderungen der Regelungen des Berliner Schulgesetzes und der einschlägigen Verordnungen erfolgen.

Für die kritisch-konstruktive Begleitung der Berliner Schulstrukturreform durch den Grundschulverband, insbesondere aber für das Engagement, mit dem die Berliner Landesgruppe die Qualitätsentwicklung der Berliner Grundschulen begleitet und unterstützt, bedanke ich mich bei Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner